



16. Dezember 2013

4. Mannheimer Bildungskonferenz: Bildung und Integration gemeinsam gestalten

Der Mannheimer Entwicklungsplan „Bildung und Integration“ nimmt konkrete Formen an. Grundlage hierfür sind die Ergebnisse des 2. Mannheimer Bildungsberichts. Dieser hatte gezeigt, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig von Bildungsungleichheit betroffen sind. Aufgrund dieser Situation hat das Bildungsdezernat von Bürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb einen Entwicklungsplan „Bildung und Integration“ auf den Weg gebracht, der es sich zum Ziel gesetzt hat, durch langfristige kommunale Bildungsplanung Bildungsgerechtigkeit zu steigern und den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu fördern. Nun liegen die Eckpunkte des Entwicklungsplans vor. Im Rahmen der 4. Mannheimer Bildungskonferenz wird Bildungsbürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb das Eckpunktepapier mit der Fachöffentlichkeit diskutieren.

„Allen Kindern und Jugendlichen muss die Chance eröffnet werden, einen ihren Fähigkeiten und Potentialen entsprechenden Schulabschluss zu erlangen und ihre Potentiale zu entfalten. Der 2. Mannheimer Bildungsbericht hat uns zwar viele Erfolge aufgezeigt, gleichzeitig besteht aber noch weiterer Handlungsbedarf. Trotz der zahlreichen Bildungsangebote speziell für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bleiben diese immer noch deutlich hinter ihren Altersgenossen ohne Migrationshintergrund zurück. Das haben wir zum Anlass genommen, in einem ersten Schritt die bisherigen städtischen Bildungsangebote und -maßnahmen zusammenzutragen und ziel- und wirkungsgerichtet auszurichten“, erklärte Bürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb in ihrer Begrüßungsansprache. Ziel des Entwicklungsplans ist es, die kommunale Bildungspolitik interkulturell zu öffnen und auf überprüfbare Ziele auszurichten. Damit legt die Stadt Mannheim die Grundlage das Thema Bildung und Integration gemeinsam mit den Bildungsakteuren vor Ort langfristig zu bearbeiten und weiterzuentwickeln. „Integration durch Bildung und Beteiligung sind die beiden „Essentials“ einer modernen Zuwanderungsgesellschaft“, so Freundlieb.

In vier Fachforen diskutierten die über 270 Teilnehmer aus der Wissenschaft und Praxis, wie die Umsetzung vor Ort im frühkindlichen Bereich, im allgemeinbildenden und beruflichen Schulsystem sowie in non-formalen Lernwelten am Beispiel Jugendarbeit aussehen könnte.

Die Unterstützung junger Menschen mit Migrationshintergrund auf ihrem Bildungsweg ist eine politische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich neben Bund, Ländern und Kommunen viele Institutionen, Organisationen und Initiativen widmen.

In seinem Vortrag zum Thema „Kulturelle Vielfalt, Identität und Bildung“ bestärkte Prof. Dr. Klaus J. Bade das Mannheimer Engagement für Integration und möglichst gleiche Teilhabechancen, besonders im Bildungsbereich. Damit habe Mannheim zugleich verstanden, „dass es in einer Einwanderungsgesellschaft, die schon mehrere Generationen von Einwanderern umfasst, nicht mehr nur um ‚Integrationspolitik für Migranten‘ geht, sondern um teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik für alle in der Stadt.“

Die Diskussion in den Fachforen der einzelnen Handlungsfelder im frühkindlichen, schulischen und non-formalen Bereich durch Vertreter der Praxis, der Verbände und der Verwaltung, nahm die vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen in den Fokus und erarbeitete Anregungen für die Weiterentwicklung. „Wir wollen unsere zukünftige Arbeit daraufhin gemeinsam mit allen Partnern prüfen, ob die Stadt die richtigen Angebote und Rahmenbedingungen bereithält, um Menschen mit Migrationshintergrund gleiche Bildungschancen zu bieten“ betonte die Bürgermeisterin.

Die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney lobte das Vorgehen der Stadtverwaltung: „Mit dem Entwicklungsplan Bildung und Integration arbeitet die Stadt Mannheim erfolgreich an ihrer Integrationspolitik. Dabei stehen Wirkung und Nachhaltigkeit im Fokus.“ Das Ministerium für Integration fördert mit einer in diesem Sommer in Kraft getretenen Verwaltungsvorschrift die Integration in den Kommunen. Das Land stärkt ebenfalls langfristige Strukturen und Netzwerke sowie Elternarbeit und Antidiskriminierung. *„Die aus zahlreichen Gesprächen mit kommunalen Akteuren gewonnenen Erkenntnisse sind in unser neues Förderprogramm eingeflossen. In diesem Jahr geben wir den Kommunen knapp drei Millionen Euro zur Förderung der Integrationsarbeit vor Ort“,* erklärte sie.

Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung freut sich, mit der Stadt Mannheim eine offene Partnerin für zukunftsweisende Programme zu haben. *Geschäftsführerin Dr. Antje Becker erklärte: „In Mannheim können wir durch den flächendeckenden Einsatz von Ausbildungslotsen an Werkrealschulen den Übergang von der Schule in den Beruf intensiv und in einem guten Netzwerk begleiten, um Brüche an dieser Stelle der Bildungsbiographie zu verhindern.“* *„Durch die systematische Zusammenarbeit mit allen Beteiligten und zugleich einer passgenauen Förderung der Jugendlichen unterstützen wir diese und tragen so zu mehr Chancengerechtigkeit bei“,* so Becker weiter.

„Um die bildungs- und integrationspolitischen Pläne in Mannheim voranzubringen, wollen wir alle Kooperationspartner und deren Maßnahmen miteinbeziehen und gemeinsam den vorgelegten Entwicklungsplan auf die Ziele der Bildungsgerechtigkeit und Integration ausrichten. Dies war heute ein Schritt dahin und wir werden die Anregungen der breiten Fachöffentlichkeit aufnehmen“, schloss Dr. Ulrike Freundlieb die Bildungskonferenz ab.

Hintergrundinformationen zur 4. Mannheimer Bildungskonferenz

Zur Bildungskonferenz:

Kommunen in Deutschland gestalten Bildung vor Ort in neuer Verantwortung. Mit der Durchführung der Bildungskonferenz bietet die Stadt Mannheim bildungsbeteiligten Personen und Institutionen stadtwweit eine Plattform für interdisziplinäre Kommunikation und Netzwerkarbeit. Mit diesem Veranstaltungsformat gelingt es, mit einer breiten (Fach-)Öffentlichkeit, auch über die Region hinweg, ein wichtiges Bildungsthema ganzheitlich zu betrachten und entscheidende Ergebnisse und Fragestellungen in die Strukturen auf kommunaler Ebene weiterzugeben.

Die Bildungskonferenzen werden in Mannheim durch die AHA! Bildungsoffensive (www.aha-mannheim.de) umgesetzt und mit Mitteln des Bundes und des Europäischen Sozialfonds unterstützt.

Zu den Personen:

Prof. em. Dr. Klaus J. Bade

Der Migrationsforscher, Publizist und Politikberater lehrte bis 2007 Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück und lebt seither in Berlin.

Er war u.a. Begründer des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), des Rates für Migration (RfM), der Gesellschaft für Historische Migrationsforschung (GHM), stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrates der Bundesregierung für Migration und Integration (Zuwanderungsrat) und von Ende 2008 bis Mitte 2012 Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in Berlin.

Bade war Fellow/Gastprofessor an den Universitäten Harvard und Oxford, an der Niederländischen Akademie der Wissenschaften sowie am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Er hat zu Migration und Integration in Geschichte und Gegenwart viele Forschungsprojekte geleitet, einige Dutzend Bücher veröffentlicht und für sein Engagement in Forschung und kritischer Politikbegleitung diverse Auszeichnungen erhalten, zuletzt das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse (www.kjbade.de).

Dr. Antje Becker

Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Geschäftsführerin Vorschule und Schule

Mit ihren Projekten im Bereich Vorschule und Schule möchte die Gemeinnützige Hertie-Stiftung einen Beitrag dazu leisten, dass Kinder und Jugendliche ihr Potenzial entfalten können – und dies unabhängig von sozialem Status und Herkunft. Mit verschiedenen Methoden setzt sie bei den Betroffenen selbst, bei den beteiligten Institutionen wie Schule und Kita sowie bei den zukünftigen und bereits tätigen Lehrkräften, Erzieherinnen und

Erziehern an. Das Spektrum reicht von individueller Förderung und Stipendien über bundesweite Schul- und Schülerwettbewerbe und Netzwerke bis hin zu Organisationsentwicklungen in Kindertagesstätten und Schulen. Das Ziel ist mehr Chancengerechtigkeit für ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches und aktives Leben in einer Gesellschaft der Vielfalt.

Bilkay Öney

Ministerin für Integration des Landes Baden-Württemberg

Förderung der Integrationsarbeit in den Kommunen: Integration findet ganz wesentlich vor Ort statt. Sie wird im alltäglichen Miteinander gelebt: in den Kindergärten und Schulen, in den Vereinen und am Arbeitsplatz, in den Kreisen, Städten und Gemeinden des Landes leisten schon jetzt hervorragende Integrationsarbeit. Es gibt viele erfolgreiche Projekte und Initiativen. Doch das Ministerium für Integration erlebt immer wieder, wie Maßnahmen nach ein oder zwei Jahren enden, da kein Geld mehr vorhanden ist. Zudem entwickeln sich Integrationsangebote vor Ort manchmal unkoordiniert: Einzelne Projekte sind nicht auf einander abgestimmt und die Transparenz fehlt.

An diesen Schwachpunkten setzt die neue Förderkultur des Ministeriums für Integration an. Gemeinsam mit den Kommunen möchte das Land erreichen, dass die Integrationsarbeit vor Ort noch stärker strukturell verankert und vernetzt wird. Deshalb ist in diesem Jahre eine neue Verwaltungsvorschrift des Integrationsministeriums in Kraft getreten. Insgesamt fließen 2013 knapp drei Millionen Euro in die Integrationsarbeit vor Ort.